

Bakun – Gerichtsentscheide und finanzielle Probleme

Ekran Bhd, der Bundesregierung und der Landesregierung vom Bundesstaat Sarawak ist es gelungen, einen Gerichtsentscheid vom Juni letzten Jahres umzustößeln, nach dem die Durchführung des *Bakun Hydroelectric Project* die Rechte der indigenen Bevölkerung mißachtet und die Bundesumweltgesetze verletzt (vgl. SOAI 3/96 S. 34). Das Berufungsgericht hat im Februar entschieden, daß die rückwirkenden Änderungen des Bundesumweltgesetzes – *Federal Environmental Quality Act 1985* –, gültig sind, wonach Sarawak sich nur nach seinen eigenen Umweltgesetzen zu richten hat, in denen eine öffentliche Information oder Anhörung nicht vorgeschrieben ist. Es hat außerdem erlassen, daß die einheimische Bevölkerung in den Augen des Gerichtes keinen Grund zur Beschwerde habe, da die Zahlung von Abfindungen für den Umzug gewährleistet sein würde, und sie somit kein "Leid" zu ertragen hätten. Premierminister Mahathir begrüßte diesen Entscheid und brachte zum Ausdruck, daß es nunmehr keine

Hindernisse mehr für einen reibungslosen Ablauf beim Bau und der Durchführung des M\$ 15 Mrd. Projekts geben würde.

Trotzdem scheint es ein schwerwiegendes Problem gewesen zu sein, die nötigen Gelder auf dem lokalen und internationalen Markt aufzutreiben. Der Gang einer Tochtergesellschaft, die *Bakun Hydroelectric Corporation* (BHC), an die Börse von Kuala Lumpur, sollte bereits im April letzten Jahres stattfinden, ist aber auf einen späteren Zeitpunkt in diesem Jahr verschoben worden. Die Gerichtsverhandlung mag ein Hindernis gewesen sein, aber die Zurückhaltung einiger Investoren und Kreditgeber gegenüber der Finanzierung des umstrittenen Projektes, ist ebenfalls ein entscheidender Punkt. Die Bundes- und Sarawak-Regierungen wurden dazu gezwungen, Anteile von BHC zu erwerben, entweder direkt oder durch Agenturen, wie den Rentenkassen (trotz vorangegangener heftigen Abstreiten, daß solche Gelder für Bakun benötigt würden) oder durch staatlich kontrol-

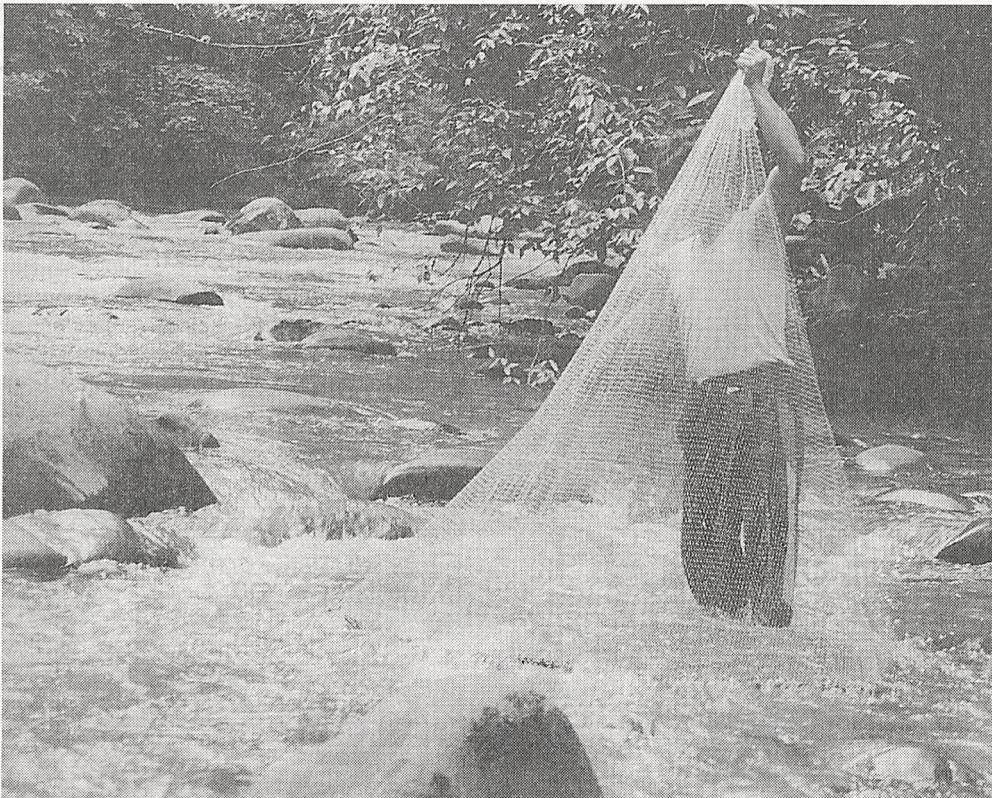
lierte Unternehmen, wie *Tenaga Nasional*. Die erwartete Bereitstellung von etwa M\$ 8 Mrd. durch den Verkauf von vier Mrd. BHC Aktien zu jeweils M\$ 2, ist nun vorerst auf den Verkauf von Aktien im Gesamtwert von M\$ 1,5 Mrd. geändert worden. Ähnlich haben sich auch die Pläne für Ekran selbst ständig geändert. Keine der Maßnahme hat auf die größeren internationalen Finanzinstitutionen vertrauenerweckend wirken können, die das Projekt vermutlich als sehr riskant ohne besonders vielversprechende Gewinne einschätzen. Die Fortführung einer starken lokalen und internationalen Kampagne gegen das Projekt hat dafür gesorgt, daß es immer schwieriger wurde, die Wahl für eine solche Investition zu rechtfertigen.

Nichtsdestotrotz geht der Bau des Damms voran, und die 9000 Einheimischen werden ab Juni dieses Jahres zwangsweise umgesiedelt werden, um Platz für das Projekt zu machen. Die Schwedisch-Schweizerische Firma *Asea Brown Boveri* (ABB), welche den Hauptzuschlag an dem Projekt bekommen hat, hat nicht auf die Kritiker reagiert, die fragten, welche Umweltuntersuchungen erfolgt

sein und welche Umweltschutzmaßnahmen für das Projekt eingesetzt werden sollen. Es ist möglich, daß sie sich völlig auf Ekran's Umweltverträglichkeitsstudie verlassen haben, welche keine öffentliche Anhörung zuließ und bekannt dafür ist, die internationalen Kriterien für solch ein riesiges Projekt nicht zu erfüllen.

In der Tat bedeutet die Rechtsprechung nicht nur, daß die Einheimischen des Gebietes kein Recht darauf haben die Pläne zu begutachten, die auf traumatische Weise ihr Leben völlig verändern werden, sondern auch, daß die Bundesumweltgesetze nun unwirksam sein könnten. Die Bundesstaaten haben schon lange die Ansicht vertreten, daß die Umweltgesetze sie daran hinderten, ihren Staat so zu entwickeln, wie sie es für richtig halten. Wenn die Entscheidung bestehen bleibt, werden sie zweifellos ihre eigenen, weniger strengen Umweltgesetze verabschieden, so wie es bereits in Sarawak geschah. Auf jeden Fall kann davon ausgegangen werden, daß der Fall nochmal in Berufung vor dem Bundesgericht verhandelt wird.

vgl. NST 18.2.97; Coalition of Concerned NGOs on Bakun, 17.2.97



Flußfischer am Rejang: das Bakun-Projekt bedroht seinen Lebensunterhalt

Foto: J. Lochhead

Probleme bei Bankfusionen

Die Hoffnung der Regierung, daß der Bankensektor sich aufgrund der im Januar bekanntgegebenen Empfehlungen der Bank of Malaysia (*Bank Negara*) konsolidieren würde, hat einen Rückschlag erlitten. Örtliche Banken wurden aufgefordert, sich zusammenzuschließen, um effektiver auf dem globalen Markt agieren zu können, und einige mögliche Fusionen wurden vorgestellt. Aber Probleme dabei sind aufgetaucht. Die *Oriental* will sich nicht mehr mit der *Sime Bank* vereinigen, und die *Pacific Bank* hat kein Interesse mehr, sich mit dem malaysischen Zweig der *Overseas-Chinese Banking Corporation* zu verbinden. Übrig bleibt die erfolgreiche Fusion der *DCB Holdings* mit der *Kwong Yik Bank*. Damit bleibt der Bankensektor aber noch immer stark zersplittert.

vgl. FEER 9.1.97; 13.2.97

Selangors Ministerpräsident in Australien verhaftet

Die Verhaftung Muhammad Taibs, Ministerpräsident des Bundesstaates Selangors, am Flughafen von Brisbane, wobei er 950.000 US\$ in drei Währungen bei sich trug, hat wieder die Aufmerksamkeit auf die Ausmaße der Geldpolitik in den oberen Etagen der Parteien der Regierungskoalition *Barisan Nasional* gelenkt. Taib wurde festgehalten, als er versuchte, die hohe Summe ohne Deklaration außer Landes zu schaffen, und wurde wegen dieses Vergehens gegen das australische Gesetz angeklagt.

Seine Erklärungsversuche, warum er soviel Geld über die Grenze bringen wollte, grenzten ans Phantastische und waren in der malaysischen Öffentlichkeit wenig überzeu-

gend. Die Tatsache, daß Taib einer der drei UMNO-Baru-Vizepräsidenten ist und daß der letzte UMNO-Baru-Parteitag wegen Mahathirs Tränenausbruch angesichts der Korruptionseentwicklung in der Partei in Erinnerung geblieben ist, gibt dem Fall eine besondere Bedeutung. Die Gerichtsverhandlung in Australien findet am 21. März statt; Taib droht eine Geldstrafe von 10.000 A\$ oder fünf Jahre Gefängnis. Für manche Malaysier ist die gewichtigere Frage seine grundsätzliche Verantwortlichkeit gegenüber der Öffentlichkeit: "Es wird Zeit, daß die Malaysier einige wirkliche Antworten erhalten", was die Geschichte des Geldes angeht.

vgl. FEER 9.1.97; Aliran 16(10)

Malaysisch-thailändische Beziehungen

Spannungen an den Grenzen beeinträchtigen auch die thailändisch-malaysischen Beziehungen. Thailändische Beamte haben malaysische Behörden beschuldigt, die Auslieferungsbegehren von thailändischen Terroristen zu langsam zu bearbeiten. Man ist ebenfalls verärgert über den Bau einer Mauer auf malaysischer Seite und den Anschuldigungen, daß südasiatische illegale Immigranten über Thailand nach Malaysia einreisen. Einer der Konfliktsachen ist Ismail Thanam, Mitglied der *Pattani United Liberation Organisation* (PULO), der im Oktober letzten Jahres in Malaysia zusammen mit etwa drei weiteren mutmaßlichen Terroristen verhaftet wurde wegen angeblichen Besitzes von Sprengstoff.

Trotz thailändischer Gesuche ihn auszuliefern, erklärten malaysische Behörden, daß Thanam ein malaysischer Staatsbürger sei, der nur Feuerwerkskörper bei sich hatte und auf Kautions freigelassen wurde.

Die PULO ist eine der separatistischen Muslimorganisationen, die in den südlichen thailändischen Grenzprovinzen arbeiten. Die thailändischen Behörden erwarten von ihrer malaysischen Gegenseite Mithilfe bei der Verhinderung von Aktionen solcher Gruppen. Sie erinnern dabei an die Rolle der thailändischen Armee bei der Beendigung des bewaffneten Konfliktes der malaysischen Regierung mit der Kommunistischen Partei Malayas.

vgl. Bangkok Post, 29.10.96; FEER 30.1.97

Anstieg der HIV-Positiven

Im Durchschnitt werden jeden Tag 12 neue HIV-Positiv-Fälle gemeldet und durchschnittlich sterben alle drei Tage zwei Menschen an AIDS, so melden es die kürzlich veröffentlichten Zahlen des Gesundheitsministeriums. Die Zahlen präsentieren einen 400%igen Anstieg verglichen mit den Werten vor fünf Jahren und geben als HIV-Träger eine Anzahl von 17.500 an,

mehr als 70 % konsumieren intravenöse Drogen. Die malaysische Regierung hat einen Vier-Jahres-Plan aufgestellt, um AIDS zu bekämpfen. Dazu gehört eine breite Öffentlichkeitskampagne und die Einbeziehung der Unterstützung von Nichtregierungsorganisationen im Bereich der Bildung, Beratung und Aufdeckung.

vgl. ST 30.11.96

Vorgehen gegen NRO

Es gibt Befürchtungen, daß die Regierung gegen kritische Nichtregierungsorganisationen (NRO) vorgehen will, um sie mundtot zu machen. Drei Razzien führten die Behörden bei NRO-Büros am 14.1. durch, zwei weitere wurden angekündigt. "In letzter Zeit stellen wir fest, daß NROs zum Nutzen einiger Individuen ausgenutzt wurden, um die Polizei zu kritisieren und die Souveränität des Landes in Mißkredit zu bringen, ohne dabei die Konsequenzen für den Staat zu bedenken", so wurde der stellvertretende Innenminister, Megad Junid, zitiert.

Dies ist die Folge von NRO-Aktivitäten in der letzten Zeit, wie die Aufdeckung der Lebensbedingungen in Internierungslagern für Arbeitsmigranten durch *Tenaganita*, die Organisation der *Asia Pacific Conference on East Timor* (APCET II), der Kampagne einer Koalition von 39 NROs gegen das Bakun-Wasserkraft-Projekt und das angekündigte "Volkstribunal" über den Mißbrauch von Polizeigewalt. Letzteres wurde abgesagt, als die Polizei mit der Anwendung des Gesetzes zur Inneren Sicherheit (Internal

Security Act = ISA) die Veranstalter bedrohte.

Kritiker weisen darauf hin, daß NROs heute mit einer kritischeren Stimme sprechen als die oppositionellen Parteien, und die Regierung sie gern zum Schweigen bringen würde. Eine Taktik ist es, darauf zu bestehen, daß NROs sich nach dem Vereinsrecht (*Societies Act*) registrieren lassen müssen, wodurch der Regierung strenge Kontrollmöglichkeiten über den Aufbau und die Aktivitäten jeder Organisation gegeben sind. Viele NROs sind momentan als Firmen tätig, was von der Regierung moniert wird. Aktivisten verteidigen das Recht von NROs sich als Firma registrieren zu lassen, nicht zuletzt weil es im Grunde genommen Menschenrechtsgruppen oder anderen Interessenvertretungsgruppen unmöglich ist, sich als Verein registrieren zu lassen. So wartet zum Beispiel eine malaysische Amnesty-International-Gruppe schon seit fünf Jahren und hat bis heute noch nicht die Erlaubnis bekommen, tätig zu werden.

vgl. Aliran 16 (9); Watch/IFEX 17.1.97

Oberster Parteirat von UMNO-Baru

Die Auswahl von 13 Mitgliedern für den Obersten Parteirat (Supreme Council) von *UMNO-Baru* durch Premierminister Mahathir, bewerteten Beobachter als eine Mischung aus Überraschung und Mäßigung. Überraschend, daß Mahathir es ablehnte, einen Sitz an irgendein Mitglied der früheren *Semangat 46* zu vergeben (insbesondere an ihren Führer, den ehemaligen Finanzminister Tengku Razaleigh) - trotz deren Rückkehr zur *UMNO Baru* mit mehr als 200.000 Mitgliedern Anfang letzten Jahres (vgl. SOAI 3/96 S. 32). Gemäßigt, da er Brückierungen gegen die Anhänger des stellvertretenden Premierministers Anwar Ibrahim damit abschwächte, daß Saburuddin Cik zum Generalsekretär der Partei ausgewählt wurde. Anwar's Lager hatte eine stärkere Richtungs-Wahl erwartet, zum Beispiel die des Mahathir-Loyalisten und ehemaligen Mini-

sterpräsidenten von Malakka, Rahim Thamby Cik. Der Oberste Parteirat als höchstes politisches Exekutivorgan hat 45 Mitglieder, von denen 32 auf dem Parteitag im letzten Oktober gewählt wurden.

Damals wurde deutlich, daß Mahathir die Partei fest in seiner Kontrolle hat, und Analysen lassen darauf schließen, daß Mahathirs Unterstützung für Anwar als seinen Nachfolger in den Wahlen des Obersten Parteirates bestätigt wurde. Tengku Razaleighs Chancen für eine Wiederwahl erlitten einen Rückschlag als die Parteien der Regierungskoalition *Barisan Nasional* (Nationale Front) eine Nachwahl in Macang, Kelantan an die Parti Islam Malaysia (PAS) verlor - ein Mandat, von dem Razaleigh gehofft hatte, es an seine alte Partei zurückgeben zu können.

vgl. FEER 12.12.96; 16.1.97

Nachspiel APCET II

Nach der Sprengung der Zweiten Asia-Pacific Konferenz über Osttimor (Asia Pacific Conference on East Timor = APCET II) im letzten November, verursacht durch Hooligans, die von Mitgliedern der Jugendorganisationen der Regierungsparteien angeführt wurden (vgl. SOAI 4/96 S. 35), der ironisch wirkenden Verhaftung und dem Arrest bzw. der Ausweisung der Teilnehmer durch die Polizei, statt der Randalierer, sind inzwischen alle Anklagen gegen die Teilnehmer fallengelassen worden. Vier Mitglieder der Gruppe, die die Konferenz gesprengt hat, müssen sich vor Gericht verantworten. Nach Meinung vieler Beobachter ist diese Entscheidung zu spät gefallen, um die weltweit negative Berichterstattung über die malaysische Regierung und ihren Standpunkt zur Konferenz und zu Osttimor zu beenden.

Protestbriefe aus der ganzen Welt wurden den malaysischen Premierminister geschickt, die die gewalttätige Behinderung eines friedlichen und legalen Treffens verurteilten. Wie es Jose Ramos

Horta ausdrückte: "Das Problem von Osttimor ist ein Problem, das den asiatischen Bürgern gehört, und besonders den Völkern und Regierungen des südostasiatischen Raumes. Nur eine offene Diskussion und der Austausch von Ideen über die mögliche Beendigung des Osttimor Konflikts kann den beteiligten Regierungen ihre Glaubwürdigkeit zurückgeben."

Die malaysische Regierung hat sich allerdings nicht für ihre Handlungen entschuldigt, und in der Tat ist es möglich, daß die Polizei gegen einige der Teilnehmer Strafverfahren wegen der Verbreitung "falscher Informationen" einleiten wird – die gleiche Anklage, die gegen eine andere Nichtregierungsorganisation (NRO) vorgebracht wurde, wegen der Veröffentlichung von Lebensbedingungen in Internierungslagern für Arbeitsmigranten. Gleichzeitig überlegt sich eine Gruppe von betroffenen NRO, gerichtliche Schritte gegen diejenigen einzuleiten, die die Konferenz gesprengt hatten.

vgl. *Aliran* 16 (10); November 9 *Civil Rights Group Press Statement*, 30.1.97

Zweiter Industrialisierungsplan

Ein 10-Jahres-Industrialisierungsplan wurde Ende letzten Jahres in Gang gesetzt, um Wirtschaftswachstum für das nächste Jahrhundert zu sichern. Der Plan betont die Notwendigkeit von "cluster"-Entwicklung, wobei kleine und mittlere Unternehmen an Entwicklung und Produktion in bestimmten industriellen Bündelungen zusammen mit den größeren Multinationals beteiligt werden. Acht 'clusters' (Bündelungen) wurden genannt, einschließlich Elektronik-, Textil-, Holz-, Transport- und Agrarindustrie. Außerdem wird darauf Wert gelegt, von einer ar-

beitsintensiven Industrie wegzukommen, hin zu einer kapitalintensiven und hochtechnologischen Industrie, zum Teil um dem momentanen Arbeitskräftemangel entgegenzutreten. Dies führte nicht nur zu einem Mangel an höheren Qualifikationen, sondern auch zu einer Schwächung der Abhängigkeit von ausländischen Arbeitskräften. Einer der Schwerpunkte wird die Auto- und die Informationstechnologie – die Entwicklung des *Multimedia Super Corridor* (siehe S. 34ff) eingeschlossen – sein.

vgl. *ST* 30.11.96

Zwischenfälle an der Grenze Malaysia-Indonesien

General Feisal Tanjung, Oberkommandierender der indonesischen Streitkräfte, bestätigte, daß zwei indonesische Soldaten in einer Schießerei mit malaysischem Militär im Dezember getötet wurden. Weitere Details seien jedoch unklar. E wurde nur bestätigt, daß es sich um zwei Marineunteroffiziere handelt. Der General lehnte es ab, genaue örtliche Angaben zu machen und dementierte, daß der Zwischenfall irgentwas mit den umstrittenen Inseln Sipadan und Ligitan zu tun hätte.

Währenddessen kam es in Kalimantan zu schweren Rassenunruhen zwischen den indigenen Dayak und Migran-

ten aus Madura, einer Insel vor Ostjava. Alle Grenzübergänge zwischen Indonesien und Malaysia wurden daraufhin gesperrt. Inoffizielle Schätzungen gehen von 200 Toten aus. Den Malaysiern liegt viel sehr daran zu vermeiden, daß ihre Dayakbevölkerung in irgendeinen Konflikt hineingezogen wird, und zu verhindern, daß Indonesier Zuflucht auf der malaysischen Seite suchen. Als 87 Indonesier Anfang Februar die Grenzabspernung überkletterten, waren die Malaysier schnell dabei, sie zurückzuschicken.

vgl. *AP* 3.2.97, *Dow Jones Business News* 11.12.96

Putrajaya

Von allen Regierungsministerien, außer dem Arbeitsministerium und dem Ministerium für Internationalem Handel und Industrie, wird erwartet, daß sie Mitte 1998 in die neue Verwaltungshauptstadt, Putrajaya umziehen. Putrajaya wird 35 km südöstlich von Kuala Lumpur für acht Mrd. US\$ gebaut.

vgl. *FEER* 13.2.97

Malaysische Auslandsinvestitionen

Laut Angaben eines Regierungsbeamten in Kuala Lumpur investierten malaysische Unternehmen 1996 fast 4,8 Mrd. US\$ im Ausland. Das entspricht fast dem Doppelten der für 1995 berechneten Summe. Zwischen 1990 und 1995 waren es insgesamt 21 Mrd. M\$.

vgl. *FEER* 23.1.97

Spirit of RESISTANCE



Nr. 6 Frühjahr 1997 DM 5

Ausgabe Frühjahr 1997; Nur gegen Vorkasse zu bestellen bei:
Irland-Gruppe, c/o Infoladen Anschlag, Heeper Str. 132,
33607 BIELEFELD
1 Heft: DM 5 + 1.50 P&V
ab 5 Ex.: DM 4/Ex. + 2.50 P&V